

„Ohne das Militär hätten wir hier doch gar keine Arbeitsplätze“, oder „Die Garnison stärkt die Wirtschaftskraft der Gemeinde.“

Allzuoft sind diese Argumente zu hören, wenn in kleinen Garnisonsgemeinden über Bundeswehr oder Nachrüstung diskutiert wird. Sieht es denn wirklich so schlimm aus?

Zwar gibt es eine Vielzahl von Aufsätzen über die Auswirkungen von Militärausgaben, besonders gegen Ende der 60er Jahre, sie basieren aber in den wenigsten Fällen auf tatsächlichen Untersuchungen. Im Folgenden soll dieser Frage nachgegangen werden und zwar unter zwei Aspekten:

1) Entspricht die regionale Verteilung der Militärausgaben den Zielsetzungen der Raumordnung?

Wenn als Grundsatz der Raumordnung die Sicherung und Weiterentwicklung von ausgewogenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen angestrebt wird, so sind auch die Verteidigungsausgaben unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Tragen sie dazu bei, die Lebensverhältnisse in unterentwickelten Gebieten zu verbessern oder fördern sie die Leistungskraft der Ballungsgebiete? Sind sie als Mittel raumordnungspolitischer Ziele einsetzbar oder haben sie die entgegengesetzte Wirkung?

2) Wie sieht die Situation für den kommunalen Haushalt aus? Lohnt es sich für eine Gemeinde heute noch, sich um die Ansiedlung von Garnisonen zu bemühen? Dies soll an einem Musterprozeß der Stadt Munster wegen Ausgleich der Garnisonsfolgekosten erläutert werden.

Die räumliche Verteilung zentraler Militärausgaben

Unter zentraler Beschaffung sind die Ausgaben des Bundesverteidigungsministeriums und des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz zu verstehen. Obwohl die zentrale Beschaffung 1975 nur 1,3 % der Anzahl der Aufträge ausmachte, wurden dadurch 76 % der Beschaffungsgelder vergeben. Für den Ausgabenbereich der zentralen Militärausgaben liegen zwei Untersuchungen vor, die für 1960 und 1975 Zahlenmaterial bereitstellen:¹⁾

Die beiden Studien untersuchen die regionale Verteilung der Gelder anhand des Sitzes des Unternehmens, das den Auftrag erhält. Dabei ist allerdings auf folgende Unsicherheit hinzuweisen: Wird der Auftrag an einen Hauptauftragnehmer vergeben, der als Generalunternehmer die Entwicklung und Fertigung der Einzelunternehmer koordiniert, werden die Zulieferer nicht erfaßt. Diese vom Generalunternehmer angenommenen Aufträge umfassen in der Regel ein größeres Auftragsvolumen mit höherer Stückzahl. Es darf als unwahrscheinlich gelten, daß als Subunternehmer kleinere mittelständige Betriebe in strukturschwachen Gebieten auftreten. Dieser Bereich ist allerdings in der Tat noch nicht ausreichend untersucht.

1960 schon war Bayern bei der Vergabe der zentralen Militärausgaben überproportional beteiligt gewesen. Diese Tendenz verstärkt sich bis 1975 bis zu einem Anteil von fast 50 % der ausgegebenen Gelder. Um die Höhe der Ausgaben vergleichbar zu machen, wurden sie auf die Pro-Kopf-Zahl der Bevölkerung umgerechnet.

Hierbei wird deutlich, daß innerhalb Bayerns der überwiegende Teil in das Rüstungszentrum München geht, strukturschwache Randgebiete wie das östliche Bayern werden bei der Vergabe nur unzureichend berücksichtigt. Dies dürfte auch in der Struktur der Aufträge liegen. Technisch hochentwickelte Rüstungsgüter lassen sich nur in entspre-

Andreas Schmitz

Goldene Zeiten für Garnisonsstädte?

chend spezialisierten Betrieben herstellen. So ist auch der Anteil von Handwerksbetrieben sehr gering.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß gerade die zentralen Militärausgaben nicht zur Behebung regionaler Disparitäten beitragen, da sie übermäßig stark in Ballungsgebiete und da im besonderen nach München fließen.

Die räumliche Verteilung dezentraler Militärausgaben

Unter dezentralen Militärausgaben sind diejenigen Gelder zu verstehen, die von den örtlichen Militärverwaltungen ausgegeben werden.

Diese örtlichen Militärverwaltungen sind die Standortverwaltung, die Truppenverwaltung und die Bauleitung.

Als weitere Ausgabenart, die dezentral wirksam wird, sind die Personalausgaben zu sehen, da diese auch einen hohen Anteil am Verteidigungshaushalt haben.

Gerade der Bereich der dezentralen Militärausgaben ist ein Bereich, der wenig erforscht ist. Über mehrere Garnisonsorte in Bayern wurden von der Hochschule der Bundeswehr in München Untersuchungen angestellt, welcher Anteil dieser Ausgaben tatsächlich in den Orten verbleibt. Leider sind nicht alle Untersuchungen öffentlich zugänglich, und so sei hier als Beispiel die Gemeinde Mittenwald herangezogen. Als Untersuchungsraum wurde Mittenwald mit etwa 10.000 Einwohnern und die beiden umliegenden Gemeinden Krün und Wallgau gewählt. Die nächst größere Gebietseinheit ist der Landkreis Garmisch-Partenkirchen. Von den 1975 der Militärverwaltung in Mittenwald zur Verfügung stehenden Geldern in Höhe von ca. 7,5 Mio. DM blieb nur ein kleiner Anteil von 9,3 % in dem Untersuchungsraum, der größte Teil von 40 % ging in das Ballungszentrum München.

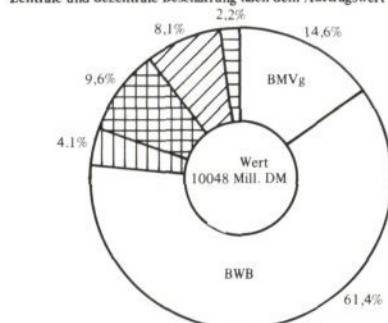
Dabei ist aber auch zu sehen, daß der Anteil der Gelder, die in der Garnisongemeinde bleiben, weiter rückläufig ist.

Diese Entwicklung wird darin ihren Grund finden, daß selbst die Bundeswehr vermehrt darauf angewiesen ist, in größeren Stückzahlen preisgünstig einzukaufen.

Gegenüber der dezentralen Beschaffung ist das Jahreseinkommen der Bundeswehrangehörigen ein wesentlich wichtigerer Posten. Waren es etwa 300 Mio. DM, die 1977 den Bundeswehrgarnisonen zur dezentralen Anschaffung zur Verfügung standen, so war der Anteil des verfügbaren Jahreseinkommens der Bundeswehrangehörigen mit 1,9 Mrd. DM ungleich höher. Die Differenz zwischen den einzelnen Bundeswehrstandorten ist allerdings erheblich. Sind in München jährlich 267 Mio. DM, also über 14 % des gesamten Einkommens, das nach Bayern fließt, so gehen in die kleinsten Orte nur 7 Mio. DM. Auf die Region München entfallen sogar 34 % des jährlich verfügbaren Einkommens.

Den Angehörigen der Bundeswehr in Mittenwald standen 1975 etwa 324,5 Mio. DM als Einkommen zur Verfügung. Von diesem Einkommen wird aber nur ein Teil im Untersuchungsgebiet Mittenwald ausgegeben. Die-

Zentrale und dezentrale Beschaffung nach dem Auftragswert im Jan. 1975



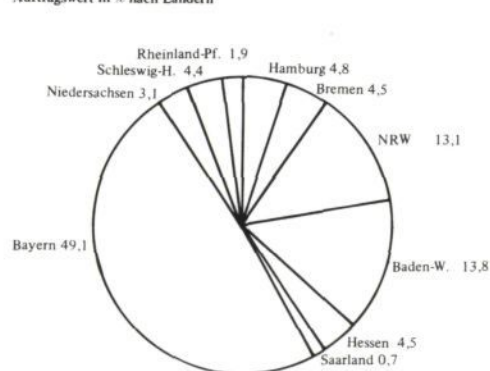
Zentrale Beschaffung	
BMVg	= 1464
BWB	= 8178
	7642
Dezentrale Beschaffung	
BSt. Erp. St. u. MARS	= 412 ¹⁾
Güterprüfdienst	= 965
WBV u. STOV	= 811
Truppe und deren Dienststellen	= 218 ²⁾

1) Einschließlich Kooperative Logistik des BiVB
2) Dienststellen des Geschäftsbereiches

Quelle: Greve, O. (1976)

(Quelle: Maneval, Neubauer, Forschungsbericht Nr. 1, a.a.O.)

Inlandsaufträge des Bundeswehrbeschaffungsamtes 1975
Auftragswert in % nach Ländern



Gesamt volumen BWB 1975 = 6544 Mio. DM

(Quelle: Maneval, Neubauer, Forschungsbericht Nr. 1, a.a.O.)

Verteidigungsausgaben des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung pro Kopf der Bevölkerung in DM

	1960	1975
Hamburg	116,6	157,4
Bremen	387,0	418,7
Nordrhein-Westfalen	34,1	50,8
Köln	221,9	(*)
Baden-Württemberg	66,6	124,6
Hessen	62,7	66,4
Rhein-Main-Gebiet	121,7	(*)
Saarland	40,2	77,1
Bayern	117,8	238,2
Region München	724,5	1001,1
Östliches Bayern	19,7	(*)
Niedersachsen	28,2	30,2
Schleswig-Holstein	88,2	116,1
Nördl. Schleswig-Holstein	16,4	(*)
Kiel	195,5	(*)
Rheinland-Pfalz	28,1	40,1
Hunsrück-Eifel	3,8	(*)
BRD	64,5	105,2

(*) Angaben liegen nicht vor

(Quelle: Maneval, H. u.a.; Forschungsbericht Nr. 1 a.a.O.
Zimmermann, H.: a.a.O., Statistisches Jahrbuch 1977,
eigene Berechnungen)